



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/234 - 12. Oktober 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Erhard - Adenauer</u> Von "Stil" unserer Demokratie	49
2	<u>Wiemels einseitig</u> Strauss und Scarborough Von Fritz Erler, MdB	49
3 - 4	<u>Österreichs Sozialisten und Jugoslawien</u> Erfolgreiche Bemühungen bei Regelung der slowenischen Minderheiten-Frage Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta	78
5 - 6	<u>Des Kanzlers Propagandainstrument</u> Bund um den Fernsehkrieg	59
6	<u>Die Machtprobe</u> Plötzliches Pauzieren um das Ladenschlussgesetz Von W. Jansen	40

* * *
* * *

Erhard - Adenauer

Vom "Stil" unserer Demokratie

sp - Man hat in der Bundesrepublik schon oft darüber gerätselt, warum der nunmehr fast 85-jährige Kanzler so wenig tut, um in unserem Volke das Gefühl für Fairness zu festigen. Wahrscheinlich ist die Lösung dieses Rätsels viel einfacher als man denkt. Der alte Herr ist so sehr von der Richtigkeit seiner Auffassungen überzeugt, dass er gelegentlich auch den eigenen Parteifreunden gegenüber jene selbstverständliche Loyalität vermissen lässt, die nun einmal notwendig ist, wenn die Demokratie funktionieren, wenn sie einen wertbeständigen Inhalt haben soll. Was sich gegenwärtig zwischen Bundeskanzler Adenauer und Bundeswirtschaftsminister Erhard abspielt, ist der sichtbarste Ausdruck des wohl markantesten Wesenszuges des alten Herrn.

Noch während der Bundeskanzler in seinem italienischen Urlaubsort Cadenabbia weilte, erhielt er einen Brief von Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Erhard, in dem dieser den Regierungschef auf die Vorstellungen hinwies, die er, Erhard, im Blick auf notwendige Maßnahmen zur Dämpfung der Konjunktur in der Bundesrepublik hat. Im wesentlichen handelte es sich bei den Vorschlägen Erhards um den Wegfall der Umsatzausgleichs-Steuer für Importe und die Aufhebung der Umsatzsteuer-Rückvergütung für Exporte.

Ohne seinen Bundeswirtschaftsminister einer Antwort zu würdigen, übergab Dr. Adenauer diesen Brief zunächst dem Präsidenten des Bundesverbandes der deutschen Industrie, Dr. Berg. Herr Berg seinerseits trommelte die Unterkapitäne der deutschen Wirtschaft zusammen und liess von diesen dem Bundeskanzler Argumente gegen die Vorschläge Erhards unterbreiten. Während der Bundeswirtschaftsminister noch auf der Tagung der Weltbank in Washington war und sich zur Reise nach Teheran anschickte, zog sich hinter seinem Rücken mit Wissen des Regierungschefs das Gewitter zusammen. Dieselben Leute, die jahrelang dank der wirtschaftlichen Freilaufpolitik der Bundesregierung Millionen auf die Seite legen konnten, bildeten nunmehr eine Phalanx gegen den Mann, den sie bisher - nach aussen hin wenigstens - als "ihren Führer" preisen liessen.

Es gehört nicht viel Prophetengabe dazu, um zu erraten, warum sich der Bundeskanzler auf die Seite der Widersacher Erhards stellte. Das Wahljahr hat begonnen, und da Herr Dr. Adenauer bekanntlich nicht nur Regierungschef, sondern auch Parteivorsitzender der CDU ist, möchte er keineswegs die seiner Partei bisher immer mehr als sympathisch gegenüberstehenden Wirtschaftskapitäne verärgern. Wahlen kosten Geld, besonders die Wahlkämpfe des Herrn Dr. Adenauer.

Über Maßnahmen zur Dämpfung der Konjunktur, zur Stabilisierung des Preisgefüges und damit zur Stabilisierung unserer Wirtschaft mag es sachliche Meinungsverschiedenheiten geben. Diese sollen von den Fachleuten ausgetragen werden. Uns scheint jedoch, dass die jetzt wieder einmal angewandte Methode des Deckungskampfes gegen den eigenen Wirtschaftsminister viel mehr über den Geist von Bonn auszusagen vermag, als jede noch so grosse in der Sache begründete Meinungsverschiedenheit. Demokratie ist das ständige Ringen um die bessere Lösung eines Problems. Die Behandlung des Bundeswirtschaftsministers durch den Regierungschef bringt die Demokratie als Staatsform und Lebenshaltung in Misskredit.

Niemals einseitig

Strauss und Scarborough

Vom Fritz Erler, MdB

Es ist nicht überraschend, daß die CDU/CSU versucht, mit dem Abstimmungsergebnis des Labour-Kongresses in Scarborough in der Bundesrepublik Agitationpolitik zu betreiben mit dem Ziel, dieses Abstimmungsergebnis indirekt der Sozialdemokratischen Partei anzulasten. Das hat der Deutschland Union-Dienst getan, aber da jetzt auch der Bundesverteidigungsminister in die gleiche Kerbe schlägt, wird man davon ausgehen müssen, dass die CDU dieses Thema noch in stärkerem Masse behandelt.

Franz Josef Strauss meinte vor einigen Tagen in Ludwigshafen, wor der Mehrheitsbeschluss der englischen Sozialisten bejahe und dafür sei, dass die westliche Welt die atomaren Waffen freiwillig und einseitig aus der Hand lege, müsse damit rechnen, daß Berlin nur eine Gnadenfrist von Tagen und die Bundesrepublik eine Galgenfrist von Wochen habe.

Dieses Bild, das der Bundesverteidigungsminister entwarf, ist in der Sache sicherlich richtig, in den Voraussetzungen aber völlig falsch. In den Voraussetzungen auch in der Bundesrepublik; denn außer der Handvoll Kommunisten dürfte es hier bei uns keine ernstzunehmenden politischen Kräfte geben, die von den beiden Westmächten, die im Besitz von Atomwaffen sind - falls man Frankreich noch nicht dazu rechnet - verlangen, dass sie sich einseitig ihrer atomaren Abschreckungsmacht begeben. Eine solche Forderung hat die Sozialdemokratische Partei nie erhoben, und sie wird sie nicht erheben, wenn gleich es immer ihre Politik ist, dafür einzutreten, daß das Abrüstungsgespräch trotz aller Mühsal und Erschwernisse und der intransigenten Haltung der Sowjetunion, wie sie sich jetzt vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York erneut gezeigt hat, nicht total blockiert wird.

Abrüstung auch bei den nuklearen Waffen ist für die Sozialdemokratie nur auf der Basis der Gleichzeitigkeit, Gleichwertigkeit und der effektiven Kontrolle denkbar. In der sozialdemokratischen Politik hat die einseitige Verwegnahme von Abrüstungsschritten niemals eine Rolle gespielt, und das Godesberger Grundsatzprogramm fordert die völkerrechtliche Achtung der Massenvernichtungsmittel nicht etwa vorab im Westen, sondern unter Kontrolle auf der ganzen Welt.

Mit dieser Politik befindet sich die Sozialdemokratische Partei im Übrigen im völligen Einklang mit dem, was der britische Oppositionsführer Gaitskell in Scarborough vorgetragen hat, und sie stimmt auch völlig mit ihm überein mit dem, was er über eine vernünftige Arbeitsteilung innerhalb des NATO-Bündnisses bei voller Loyalität gegenüber diesem Bündnis gesagt hat.

Es ist nicht Aufgabe der deutschen Sozialdemokraten, die Mehrheit auf dem Parteitag von Scarborough zu tadeln; denn die sozialdemokratische Parteien in Europa sind souverän, und keine kann der anderen Befehle erteilen oder Meinungen aufzwingen. Die deutschen Sozialdemokraten überstehen nicht an zu erklären, dass sie die Auffassungen Gaitskells und nicht die des Mehrheitsbeschlusses teilen. Deshalb sollte der Bundesverteidigungsminister nicht weiter darauf spekulieren, daß er den Beschluss von Scarborough in irgendeiner Weise gegen die deutschen Sozialdemokraten als ein innenpolitisches Schlaginstrument verwenden konnte.

Österreichs Sozialisten und Jugoslawien

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Der erste Sonntag im Oktober war für Österreich ein Tag der Erinnerungsfeiern an Ereignisse, die sich zum vierzigsten Male jährten: In Tirol fand eine Trauerkundgebung zur damaligen Abtrennung Südtirols statt und in Kärnten eine Landesfeier zur Erinnerung an eine Volksabstimmung. So wie Südtirol sollte nach dem ersten Weltkrieg auch Südkärnten von Österreich abgetrennt werden. Bei den Friedensverhandlungen in St. Germain entschloß man sich jedoch, das überwiegend von Slowenen bewohnte südliche Gebiet der strittigen Zone Kärntens selbst darüber entscheiden zu lassen, ob es zur Republik Österreich oder zum Königsreich Jugoslawien gehören will. Am 10. Oktober 1920 wurde abgestimmt: 59 Prozent der Südkärntner Bevölkerung stimmten für Österreich. Es waren slowenische Stimmen, die für Österreich den Ausschlag gegeben haben.

Kärnten - Prüfstein für staatsmännisches Wirken

Kärnten, das südlichste Bundesland Österreichs, ist das einzige außer Wien, das eine sozialistische Regierungsmehrheit und einen sozialistischen Landeshauptmann hat. Die Behandlung der slowenischen Minderheit ist damit für die österreichischen Sozialisten ein Prüfstein für ihr staatsmännisches Wirken wie für ihre demokratisch-freiheitliche Gesinnung. Die Existenz der Kärntner Slowenen bietet die Möglichkeit, ein Beispiel zu geben, wie man sprachliche Minderheitengruppen behandeln soll. Gleichzeitig beeinflusst diese Frage die Beziehungen zwischen Österreich und Jugoslawien. Die SPÖ hat sich jedenfalls dagegen ausgesprochen, die Kärntner Landesfeiern anlässlich der Volksabstimmung zu nationalistischen Demonstrationen mißbrauchen zu lassen, denn die lautesten deutschnationalen Schreier haben am wenigsten für die Erhaltung Kärntens getan, weil sie immer nur versucht haben, zu trennen und Haß zu säen.

Verbesserung des Verhältnisses Österreich-Jugoslawien

Diese grundsätzliche Haltung der österreichischen Sozialisten und ihre praktischen Auswirkungen haben in den letzten Jahren das Verhältnis zwischen Österreich und Jugoslawien zunehmend gebessert. Beide Seiten bemühen sich um gutnachbarliche Beziehungen. Bei der kürzlichen UNO-Debatte über Südtirol wurde der österreichische Standpunkt von der jugoslawischen Delegation wirkungsvoll unterstützt. Auf der anderen Seite ist Österreich dabei, die Rechte der slowenischen Minderheit weiter gesetzlich zu untermauern: Der am 19. Oktober beginnenden Herbstsession des Nationalrates liegt als eine der ersten Regierungsvorlagen der Entwurf für ein sogenanntes "Minderheiten-Verwaltungsprachengesetz für Kärnten" vor. Österreich hat sich in Artikel 7 des Staatsvertrages vom Jahre 1955 dazu ver-

pflichtet, die Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheiten zu sichern. Dazu hat das Parlament am 19. März 1959 bereits das Minderheiten-Schulgesetz beschlossen. Durch Schulgesetz und Verwaltungssprachengesetz ist die Zweisprachigkeit in Südkärnten voll gewährleistet.

Ungelöste Probleme

Ungelöst ist hingegen die Frage der Entschädigung für österreichisches Eigentum in Jugoslawien. Auch die Reise des österreichischen Außenministers Dr. Bruno Kreisky, im März 1960 nach Jugoslawien hat hier kein Ergebnis gebracht. Durch Artikel 27, Absatz 2, des Staatsvertrages hat nämlich Österreich gezwungenermaßen auf jedes Eigentum sowie auf Rechte und Interessen seiner Staatsbürger in Jugoslawien verzichtet. Österreich hat aber erwartet, daß im Interesse gutnachbarlicher Beziehungen Jugoslawien dennoch eine angemessene Entschädigung leisten wird, so wie es etwa Österreich, ohne dazu verpflichtet gewesen zu sein, gegenüber der Bundesrepublik getan hat. Jugoslawien hat sich aber bis jetzt noch nicht dazu bereit erklärt.

Wien lässt sich nicht beirren

Es soll auch nicht übersehen werden, daß Jugoslawien ein kommunistisches Land ist. Allein im September sind mehr als 300 Flüchtlinge über die unwegsame Karawankengrenze nach Österreich gekommen, um hier Asyl zu finden. Österreichs Sozialisten haben auch dagegen protestiert, daß im Februar 1958 zwei ehemalige jugoslawische Sozialistenführer, der damals 73-jährige Alexander Pavlovic und der 70-jährige Bogdan Krokic aus politischen Gründen zu langjährigen Kerkerstrafen verurteilt wurden. Mit Nachdruck haben SPÖ und Gewerkschaftsbund ihre Freilassung gefordert. Diese erfolgte sodann Ende Februar 1960, vor dem Besuch Kreiskys in Belgrad. Seit dem 1. Juni 1960 gibt es zwischen den beiden Staaten wieder einen kleinen Grenzverkehr. Unter allen kommunistischen Nachbarländern Österreichs ist Jugoslawien das einzige, an dessen Grenze derzeit halbwegs normale Verhältnisse herrschen. Österreichs Sozialisten werden sich weiterhin um ein gutes Einvernehmen mit Jugoslawien bemühen und sich dabei durch die Engstirnigkeit konservativer Kreise nicht beirren lassen.

+ + +

Des Kanzlers Propagandainstrument

sp - Ob der orröntliche Professor für Philosophie, Psychologie und Pädagogik an der Universität in Mainz, Karl Johannes Holzamer, geboren 1906 in Frankfurt, katholisch, verheiratet, Vater von vier Kindern, CDU-Stadtrat in Mainz und Vorsitzender des Rundfunkrates der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt Südwestfunk in Baden-Baden das Angebot annimmt, Intendant der Adenauer GmbH "Deutschland-Fernsehen" zu werden oder nicht, an dem Charakter dieser neuesten Einrichtung zur Vertretung der Interessen der Partei des Bundeskanzlers ändert diese Entscheidung nichts mehr. Man muss nur wissen und es sich immer von neuem vergegenwärtigen, dass in dieser Anstalt niemand tätig zu sein hat - soweit es nach Konrad Adenauer geht - der nicht den Wünschen des Regierungschefs entspricht.

Er gründete die GmbH, er setzte mit allen seinen Stimmen einen Aufsichtsrat ein und er berief einen Intendanten, obwohl diese Aufgabe dem Aufsichtsrat zusteht, der sich ihrer sicher auch noch annehmen wird, der Form halber. Ob es dabei jemand stört, daß der in Aussicht genommene Intendant dieser merkwürdigen und in der Geschichte der Ämter eines Staatswesens sicher einmaligen Einrichtung von dem Staatssekretär des Bundeskanzleramtes, Herrn Globke, um die Unterredung über eine "Verwendung" im Deutschland-Fernsehen eingeladen wurde? Ob es die Mitglieder eines souveränen Aufsichtsgremiums kalt lässt, daß ihre Kompetenzen in einer solchen Weise übergangen und politisiert wurden? Wir werden es erleben - oder auch nicht.

Nur sollte man nicht auf Dummfang gehen und so tun als könne man dem Publikum am Fernsehschirm weismachen, daß nur diese "Zack-Zack-Aktivität" des Bundeskanzlers - der Mitherausgeber einer grossen deutschen Zeitung nannte das Verfahren Adenauers so - endlich ein zweites Fernsehprogramm beschaffen könne. Wenn die bösen "sozialdemokratisch regierten" Länder etwa beim Bundesverfassungsgericht eine einstweilige Anordnung erstreben würden, daß der Kanzler seine widerrechtlichen Aktionen unterlasse, dann, so möchte man gern glauben machen, komme es zu keinem Auswahlprogramm.

Vielleicht haben die sogar recht, die das behaupten, und die mit solchen Parolen Wasser auf die Wahlmühle der CDU leiten möchten. Aber die Öffentlichkeit in Deutschland weiss längst, dass ein zweites Programm vom Beginn des neuen Jahres an seit langem vorbereitet wird, dass es fertig ist und ausgestrahlt werden kann, wenn die Bundespost den Anstalten, die es vorbereitet haben, die technischen Möglichkeiten gewähren würde. Das aber geschieht nicht! Die Bundesregierung und niemand sonst verweigert dem Fernsehpublikum das zweite Programm! Die seit Jahren unternommenen gewagten Experimente Konrad Adenauers, irgendwie doch zu diesem Propagandainstrument für sich und seinen Wahlkampf 1961 zu kommen, haben nur so viel mit einer Befriedigung der Wünsche des Fernsehpublikums zu tun, als es möglich ist, den politischen Wünschen der herrschenden Regierungspartei zu entsprechen.

Ein Intendant Holzamer würde dem Kanzler ein willfähriger Helfer sein können. Er bringt alle Voraussetzungen mit, welche die CDU von ihren Funktionären erwartet. Sodann hat er Beziehungen zur Gesellschaft

"Freies Fernsehen", die vor nicht langer Zeit um ihn warb, vergeblich zwar, aber nun eben doch willkommene Verbindung aufnehmen kann. Dort findet er seinesgleichen, jedenfalls keine Mitarbeiter, die etwa der linken Opposition angehörten. Ausserdem weiss ein Vorsitzender eines Verwaltungsrates einer der seit Jahren tätigen Rundfunkanstalten natürlich ohnehin Bescheid - kurz, es wäre alles bestens nach des Bundeskanzlers Wunsch und Willen.

Nur eben die Fernsehteilnehmer, die werden es zu ertragen haben. Denn sie hofften doch auf ein "besseres Programm", auf ein neutrales Programm, überhaupt auf ein Programm. Ob es kommt? Oder wird es der Kanzler den Rundfunkanstalten untersagen, wenn etwa das höchste Gericht des Landes ihm etwas untersagt? + + +

Die Machtprobe

Oft ist es nur ein leises Säuseln, das den Sturm ankündigt, oft zeigen nur feine Risse an, daß der Damm bricht. Und so sind es nicht immer lautstarke Auseinandersetzungen um Weltprobleme sondern häufig kleinere Fragen der Tagespolitik, die einen Gradmesser für die Spannungen in den von inneren Gegensätzen erschütterten Gebilde CDU/CSU abgeben. Zum Beispiel: Das Ladenschlussgesetz.

Daran wird schon lange gebohrert. Alle Beteiligten in parlamentarischen Raum schienen sich zunächst darin einig zu sein, dass man vor Weihnachten an die Stelle der verkaufsoffenen Sonntage verkaufsoffene Samstag-Nachmittage setzen sollte. Bei den Beratungen im Ausschuss für Arbeit gab es freilich Auseinandersetzungen, die aber nicht an der traditionellen Front Regierungspartei - Oppositionspartei ausgetragen wurden. Die Scheidelinie ging vielmehr mitten durch die Reihen der Regierungspartei hindurch. Denn die einen wollten mit der Opposition an die Stelle der zuletzt zwei verkaufsoffenen Sonntage drei offene Samstag-Nachmittage setzen, die anderen aber deren vier. Obwohl der Ausschuss sich mit Mehrheit für die letztere Lösung entschied - und sich die CDU/CSU-Streiter als Kompromiss den verkaufsoffenen Karfreitag-Nachmittag (vor Ostern) abhandeln liessen - weiss zur Stunde niemand genau, wie die Mehrheitsverhältnisse in der Gesamtfraktion sein werden.

Aber das Gewitter bricht von einer ganz anderen Seite her los. Der Bundesverband der Deutschen Industrie hat lauthals die Forderung aufgestellt, auf die Samstagregelung ganz zu verzichten und wieder zu den "metallenen Sonntagen" zurückzukehren, zu einer Regelung also, die keiner der Kontrahenten innerhalb der CDU/CSU will.

Seine Begründung ist nicht eben einleuchtend. Die Käufer müssten ausreichend Zeit haben, aus dem grossen Warenangebot das Passende herauszusuchen. Dabei schwer einzusehen ist, warum der BDI, der doch nur an einem hohen Gesamtumsatz interessiert sein kann und dem die Verteilung dieses Gesamtumsatzes auf seine Einzelmitglieder gleichgültig sein muss, diese Sorgen äussert. Ja, wenn Handel oder Handwerk diese Begründung vorbrächten, man könnte sie verstehen.

A propos BDI - der hat doch gerade von sich reden gemacht. War nicht sein Präsident Berg mit einer so selbstbewussten Erklärung an die Öffentlichkeit getreten, dass sich nicht nur die CDU/CSU-Fraktion auf die Füsse getreten fühlte, sondern auch eine breite Öffentlichkeit und der Regierungspartei sehr gewogene Publizistik höchst empfindlich reagierte? So war es nicht geraten, auf diesem Thema zu beharren. Aber vielleicht möchte man nun auf einem anderen Gebiete zeigen, wer in Bonn Herr im Hause ist, Regierungspartei - oder BDI.

Verantwortlich: Günter Markscheffel